

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2017
im Rat der Stadt Herten – 01. Februar 2017**

Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

„Meistens hat, wenn zwei sich scheiden, einer etwas mehr zu leiden.“ – So lautet ein bekanntes Zitat von Wilhelm Busch. Ich glaube, dass diese Frage für Sie, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, relativ leicht beantwortet werden kann! Der Leidensdruck hat doch für Sie nach dem Ausscheiden von Dr. Ulrich Paetzel enorm zugenommen. Sie sitzen weiterhin hier mit Ihrer absoluten Mehrheit und müssen die miserablen Beschlüsse Ihrer Landes- und Bundesregierung vor Ort immer wieder schönreden! Dabei geraten Sie allerdings in immer größere Erklärungsnot und kommen kaum noch aus der für Sie durch Land und Bund aufgebauten Zwickmühle heraus!

Und was wir bei der diesjährigen Haushaltsverabschiedung erleben müssen, ist der vorläufige Tiefpunkt einer unsozialen Politik, die 2009 mit der Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung ihren Beginn hatte und sich auf Landesebene konsequent mit dem im November 2011 verabschiedeten so genannten Stärkungspakt fortsetzte.

Akt 1 des politischen Trauerspiels: Im November 2016 wird durch die Verwaltung ein Haushalt eingebracht, der auf überholten Zahlen beruht und bei dem schon vor Beginn der Beratungen klar war, dass dieser Entwurf nicht genehmigungsfähig ist! Eine Nachricht der Bezirksregierung setzte dem Ganzen dann noch die Krone auf! Nach fünf genehmigten Haushaltssanierungsplänen fällt dem SPD-geführten Innenministerium in Düsseldorf plötzlich auf, dass dieser Sanierungsplan nicht die strengen gesetzlichen Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes erfüllt. Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich!

Es folgt Akt 2 der Polit-Satire: Die Kreativabteilung der Verwaltung, hochrangig besetzt mit der Verwaltungsspitze, muss über die Jahreswende einen neuen Haushaltsentwurf zurechtbasteln.

Ob die Bezirksregierung von diesem Ergebnis der kreativen Schaffenskraft unserer Verwaltung auch so überzeugt ist, vermag heute jedoch noch niemand zu sagen.

Aus der finanziellen Notlage heraus werden Positionen im Haushalt untereinander in einer rasanten Geschwindigkeit verschoben, die uns keine Möglichkeit einer seriösen Kontrolle zulässt. Es ist auch nicht ansatzweise nachvollziehbar, was denn nu' wo verschwunden ist.

Und deshalb ist auch die heutige Entscheidung des Rates in etwa so bedeutsam wie der berühmte Sack Reis in China, der einfach umfällt. Dieser Rat agiert doch nur noch als Marionette und die Landes- und Bundesregierung halten alle Fäden in der Hand! Wir können nur – zu Statisten verdammt – auf Akt 3 des Dramas warten!

Dennoch geht hier das Schwarze-Peter-Spiel munter weiter und es herrscht relativ schnell Einigkeit darüber, dass der LWL und der Kreis Recklinghausen das gesamte fragile Kartenhaus unseres kommunalen Haushalts zum Einsturz gebracht haben. Dabei sah es doch lange Zeit sooo schön aus

Da frage ich mich allerdings, wann Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, das letzte Mal mit offenen Augen durch unsere Innenstadt gegangen sind und wann haben Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts bei ihren Einsätzen begleitet? Wissen Sie eigentlich, wie viele Kinder in unserer Stadt ohne Frühstück zur Schule gehen und kein Geld haben, um sich dort etwas zu Essen zu kaufen? Nehmen Sie überhaupt zur Kenntnis, dass die Schlangen vor den Tafeln immer länger werden und gerade viele ältere Menschen kaum noch am sozialen Leben teilnehmen, weil sie sich ihrer Armut schämen? Kennen Sie die vielen Menschen, die wegen ihrer hohen Verschuldung und/oder Arbeitslosigkeit, in die sie in den allermeisten Fällen unverschuldet wegen einer Kündigung oder Krankheit geraten sind, psychisch zerbrechen? Arm trotz Arbeit – auch das trifft auf immer mehr Menschen in unserer Stadt zu – unabhängig von ihrem Bildungsstand!

Und zu welchem Ergebnis kommen Sie? Dass die Bilanz gar nicht so schlecht gewesen wäre! Ja, aber die Menschen in unserer Stadt zahlen einen verdammt hohen Preis dafür!

Diese Debatten zeigen doch, welche Prioritäten in den letzten Jahrzehnten unter den immer größer werdenden Einfluss neoliberaler Vordenker gesetzt wurden! Es zählt nur die Bilanz und nicht das Gemeinwesen!

Seit Jahren erleben wir, wie sich durch diese volkswirtschaftlich völlig unsinnige Politik die Abwärtsspirale für die Bürgerinnen und Bürger immer schneller dreht und die Beschäftigten der Verwaltung immer schlechtere Arbeitsbedingungen haben! Erfreulich, dass auch die Gemeindeprüfungsanstalt mittlerweile zu dieser Erkenntnis gelangt ist. Frei nach dem Motto: „Was stört uns unser dummes Geschwätz von gestern“ fordert sie nun wieder die Abkehr vom Neuen Steuerungsmodell, mit dem die Ämterstruktur von Kommunen in eine Konzernstruktur umgewandelt wurde. Es ist eine späte, aber vor allem sehr, sehr teure Erkenntnis, dass sich Behörden eben nicht mit Instrumenten der Unternehmensführung lenken lassen.

In den letzten Jahrzehnten geht es nur noch um ein Zurückdrängen des Staates und um Reduzierung der öffentlichen Mittel. Der Gründer der Bertelsmann Stiftung, Reinhard Mohn, hat das vor vielen Jahren in einem Interview wunderbar auf den Punkt gebracht, indem er sagte: „Es ist ein Segen, dass uns das Geld ausgeht. Anders kriegen wir das notwendige Umdenken nicht in Gang.“ Und seine Gattin Liz Mohn erklärt uns: *Der anonyme Wohlfahrtsstaat habe ausgedient!*
Zivilgesellschaftliches Engagement sei besser als steuerfinanzierte Daseinsvorsorge. Nach dieser Bertelsmann-Logik wird demokratische Gestaltung indirekt als ineffizient diskreditiert!

Sie sehen, meine Damen und Herren, die postfaktischen Zeiten haben nicht erst mit der AfD begonnen, sondern auch mit der durch Rot-Grün beschlossenen Agenda 2010, die der Startschuss in eine soziale Umverteilung von unten nach oben war! Denn wer von öffentlicher Armut spricht, darf den privaten Reichtum nicht verschweigen!

Und Sie wollen dieser Entwicklung hier vor Ort allen Ernstes mit Abgabenerhöhungen und Personalabbau begegnen? Sie meinen, wenn Sie notwendige Investitionen im Kita-Bereich unterlassen, den ZBH umstrukturieren und wichtige Infrastrukturprojekte, die uns sogar noch Arbeitsplätze bringen könnten, um Jahre verschieben, dann werden wir bald wieder blühende Landschaften in dieser Stadt erleben? – Das glauben Sie doch selber nicht ...

Sie nehmen den Verfall unserer Stadt und die steigende Armut der Menschen schulterzuckend hin, um sich bis zur nächsten Landtags- und Bundestagswahl über die Runden zu retten! Sie erhöhen lieber die Müllgebühren, bauen Stellen und soziale Leistungen weiter ab und stecken Kinder in die Großgruppentagespflege oder in Container oder beides!

Und nun wird es aber richtig gefährlich! Anstatt sich endlich zu einem Politikwechsel zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe zu bekennen, schaffen Sie, meine Damen und Herren, lieber die Demokratie weiter ab! Schon vor Jahren wurde der Rat auf 44 Plätze verkleinert. Sitzungsfolgen wurden so ausgedünnt, dass wir in keiner Weise mehr politisch angemessen diskutieren können. Ersatzweise darf z. B. der Schulausschuss lediglich Projekte diverser Stiftungen als großartigen Beitrag für die Schaffung für mehr Bildungsgerechtigkeit beklatschen. Vor einigen Monaten forderte die SPD-Fraktion hier in einer Resolution die Wiedereinführung der 5 % Hürde bei Kommunalwahlen.

Und nun bringt noch eine ganz große Koalition aus SPD, Grünen und CDU auf Landesebene das „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ ein! Wieder einmal so ein klingvoller Name, der die tatsächliche Wirkung dieses Gesetzes nicht sofort transparent machen soll. Während mit diesem Gesetz insbesondere die Funktionsträger von großen Fraktionen mit kräftigen Bonuszahlungen belohnt werden, werden gleichzeitig die Mitwirkungsmöglichkeiten kleinerer Parteien und Wählervereinigungen in den Kommunalvertretungen weiter eingeschränkt! Und es ist schon erstaunlich, dass auch die Grünen, die früher einmal für Basisdemokratie gestanden haben, so einen Gesetzesentwurf mitzeichnen.

Wer allerdings Minderheits- und Mitwirkungsrechte so massiv einschränkt wie Sie das in den letzten Jahren gemacht haben, der darf sich nicht über die geringe Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit der Menschen wundern!

Wenn in unserer Stadt ein Bürgermeister mit 66,2 % der Stimmen aus dem Nichts eine Wahl gewinnen kann mit der Begründung, er sei der einzige, der nichts mit Politik zu tun hat und es den anderen schon zeigen werde, dann sagt das viel über den inneren Zustand unserer Demokratie aus!

Nie war das Vertrauen in Politik so gering und nie zuvor haben sich so viele Menschen von den etablierten Parteien abgewandt.

Und wenn jetzt kurz vor der Landtagswahl das Projekt „Gute Schule 2020“ aufgelegt wird, ist das doch nur durchsichtig. „Einfach machen!“ so lautet die Forderung des Landtagsabgeordneten Carsten Löcker. Ist vielleicht auch besser so! Denn schaut man sich dieses Programm näher an, könnte es doch noch jemandem auffallen, dass es sich auch hier nur um den alten, aber politisch bewährten Taschenspielertrick „linke Tasche – rechte Tasche“ handelt.

In Form eines zins- und tilgungsfreien Darlehens können die Kommunen bei der NRW-Bank nun Gelder für längst überfällige Sanierungsarbeiten an Schulen beantragen, die ihnen wegen der unzureichenden Schlüsselzuweisungen durch Bund und Land seit Jahren fehlen!

Damit werden die Mittel, die bereits im kommunalen Haushalt für Schulsanierungen eingestellt wurden, frei, um andere finanzielle Löcher im Haushalt zu stopfen. Das mag rechtlich legitim sein, politisch ist jedoch festzuhalten: Eine wirkliche Verbesserung der Schulinfrastruktur wird damit nicht erzielt!

Einer solchen Politik können und wollen wir nicht zustimmen! Und deshalb lehnen wir auch in diesem Jahr den vorliegenden Haushalt ab!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!